



Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

**Nur per E-Mail**

Sekretariat der Staatspolitischen  
Kommissionen  
Parlamentdienste  
3003 Bern

Zug, 10. April 2018 hs

**Parlamentarischen Initiative 15.438s**

**«Eine Regelung für transparentes Lobbying im eidgenössischen Parlament»  
Vernehmlassung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 25. Januar 2018 hat die Staatspolitische Kommission des Ständerats ein Vernehmlassungsverfahren zur parlamentarischen Initiative «Eine Regelung für transparentes Lobbying im eidgenössischen Parlament» lanciert. Der Kanton Zug nimmt dazu wie folgt Stellung:

**Vorbemerkungen**

Lobbying für verschiedenste Anliegen ist im Parlament eines demokratischen Staates ein Faktum. Selbstverständlich müssen dafür allgemein gültige Regeln gelten, die einerseits den Zugang zu Parlamentarierinnen und Parlamentarier an ihrer Wirkungsstätte und andererseits einen geordneten Parlamentsbetrieb ermöglichen. Um die nötige Transparenz der Regelung zu garantieren, soll diese in den Grundzügen in einem Gesetz formuliert sein. In diesem Sinne unterstützen wir das Anliegen, dass nach wie vor eine gesetzliche Regelung im Parlamentsgesetz für ein transparentes Lobbying im eidgenössischen Parlament gelten soll.

**Anträge**

**I. Parlamentsgesetz**

1. Die Revision des Gesetzes soll – mit Ausnahme von Ziffer 2 – gemäss Vorschlag der Kommissionmehrheit erfolgen.
2. Absätze 2 und 3 von Art. 69b sollen nicht im Gesetz, sondern in der entsprechenden Verordnung geregelt werden.

## **II. Parlamentsverwaltungsverordnung**

1. Die Revision der Verordnung soll gemäss Vorschlag der Kommissionsmehrheit erfolgen.
2. Für die Kantonsregierungen sollen in jedem Fall mindestens zwei Dauerausweise ausgestellt werden ohne besondere Gesuchstellung (Ergänzung von Art. 16b<sup>bis</sup> Abs. 1 Bst. a).
3. Art. 16b<sup>septies</sup> soll dahingehend geändert werden, dass der Einlass ins Gebäude unabhängig von der Zahl von Personen dann begrenzt oder vorübergehend verwehrt wird, wenn ein geordneter Ratsbetrieb nicht mehr möglich ist.

### **Begründung der Anträge**

#### **Antrag 1**

Wir erachten es als richtig, dass die Zahl der Interessenvertreterinnen bzw. Interessenvertreter quantitativ beschränkt wird. Massgebend kann aber nicht die Qualität der ausgestellten Zutrittsausweise sein, wie dies die Kommissionsminderheit fordert, womit auch kein parlamentarisches Organ die entsprechenden Ausweise kontrollieren muss. In jedem Fall sollen aber die Kantone Zutrittsausweise nicht via Ratsmitglied erhalten.

#### **Antrag 2**

Wir erachten die vorgeschlagene gesetzliche Regelung, die grundsätzlich generell abstrakt sein sollte, mit Bezug auf Abs. 2 und 3 von Art. 69b als derart spezifisch, dass diese Vorgaben auch in der Parlamentsverwaltungsverordnung geregelt werden können.

#### **Antrag 3**

Die Revision der Verordnung gemäss Kommissionsmehrheit erachten wir als verständlich und nachvollziehbar. Wichtig für einen Kanton ist, dass er in jedem Fall Dauerausweise unabhängig von der Zahl anderer Ausweise erhält.

#### **Antrag 4**

Bezüglich der Anzahl Dauerausweise für Kantone erachten wir es als zielführend, wenn eine Mindestzahl von zwei Dauerausweisen in der Verordnung festgesetzt würde, und nicht die Verwaltungsdelegation über die Zahl der Dauerausweise entscheidet. Auch sollen die Kantonsregierungen nicht zuerst ein Gesuch stellen müssen. Die Kantone sind schliesslich die föderalen Einheiten im Bundesstaat und sind anders zu behandeln als Dachverbände.

#### **Antrag 5**

Wir begrüßen es, wenn der Zutritt zum Parlamentsgebäude begrenzt oder vorübergehend verwehrt werden kann. Allerdings soll dafür nicht eine Zahl von Personen mit einem unbestimmten Rechtsbegriff («sehr viele»), sondern die Aufrechterhaltung eines geordneten Ratsbetriebs massgebend sein.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Zug, 10. April 2018

Freundliche Grüsse  
Regierungsrat des Kantons Zug

sign.

Manuela Weichelt-Picard  
Frau Landammann

sign.

Tobias Moser  
Landschreiber

Mitteilung per E-Mail an:

- [spk.cip@parl.admin.ch](mailto:spk.cip@parl.admin.ch) (Word- und PDF-Version)
- Volkswirtschaftsdirektion
- Staatskanzlei
- Eidgenössische Parlamentarier des Kantons Zug